SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Terrorismus und Afrika: zur Gefahr weiterer Anschläge in Afrika südlich der Sahara

Mair, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Kurzbericht / abridged report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Mair, S. (2002). *Terrorismus und Afrika: zur Gefahr weiterer Anschläge in Afrika südlich der Sahara.* (SWP-Aktuell, 54/2002). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-362155

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Terrorismus und Afrika

Zur Gefahr weiterer Anschläge in Afrika südlich der Sahara

Stefan Mair

Die Anschläge von Mombasa haben ein Schlaglicht auf eine Weltregion geworfen, die nach dem 11. September als Nebenschauplatz der Terrorbekämpfung galt: Afrika südlich der Sahara. Die Allianz gegen den Terror beschränkte ihre Anstrengungen in dieser Region bisher darauf, zu verhindern, daß flüchtende Kämpfer der al-Qaida Unterschlupf am Horn von Afrika finden. In Vergessenheit schien geraten zu sein, daß sich die ersten monströsen Anschläge der al-Qaida in Ostafrika ereignet hatten: Bombenattentate auf die US-Botschaften in Nairobi und in Dar es Salaam hatten 1998 291 bzw. 10 Todesopfer gefordert. Die neuerlichen Aktionen al-Qaidas in der Region werfen zwei Fragen auf: Droht Afrika zu einem Brennpunkt des internationalen Terrorismus zu werden? Wie lassen sich terroristische Anschläge in Afrika künftig verhindern?

Träfe die Kurzschluß-Analyse einiger Entwicklungspolitiker zu, Armut sei die Hauptursache für Terrorismus, böte Afrika südlich der Sahara einen unerschöpflichen Nährboden für das Aufkeimen und die Ausbreitung von Terrorzellen. Daß beides bisher nicht zu beobachten ist, ist ein weiterer Beleg für die Komplexität von Terrorismusursachen. Terror gründet auf einem Zusammenspiel wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, sozialer Verelendung, kulturellen Identitätsverlusts, politischer Repression und staatlicher Dysfunktionalität. Aber diese Faktoren allein können terroristische Gewalt nicht erklären. Andernfalls würde sich Afrika als *der* Brennpunkt des internationalen Terrorismus qualifizieren. Statt dessen scheint sich hier das aus diesem Zusammenwirken entstehende Gewaltpotential nicht nach außen, sondern vor allem gegen die eigenen Gesellschaften zu richten – in Form von wachsender Gewaltkriminalität, Bürgerkriegen und den Plünderungszügen von Kriegsherren.

Beim internationalen Terrorismus müssen offensichtlich zwei weitere Faktoren hinzukommen: eine mobilisierende, einigende Idee, wie sie der islamische Fundamentalismus bietet, und geeignete Agitatoren, die diese Idee mißbrauchen, um eine schlagkräftige Terrortruppe gegen einen gemeinsamen äußeren Feind zu formieren.

Islam in Afrika südlich der Sahara

Das wirft die Frage nach Verbreitung und Wirkungskraft des Islam in Afrika südlich

der Sahara auf. Islamwissenschaftler unterscheiden mehrere Zentren des Islam in der Region: die westafrikanische Sahelzone, die Tropenzone entlang des Golfs von Guinea, den Nilsudan, Äthiopien, den ostafrikanischen Küstenstreifen, das Siedlungsgebiet der Somaal und die Kapregion. In all diesen Zentren verlief die Islamisierung selektiv: Je nach historischem und sozialem Kontext wurden bestimmte Glaubenselemente stark, andere weniger stark ausgeprägt.

Dennoch scheinen die meisten dieser Zentren zwei Gemeinsamkeiten zu haben. Der Islam entwickelte sich dort nicht zur alleinigen Staatsreligion, und die Interpretation islamischer Rechtsvorschriften schien stets eine moderate zu sein. Das heißt jedoch nicht, daß der Islam in diesen Zentren unpolitisch ist. Im Gegenteil: Gerade in Westafrika spielten und spielen geistliche Führer sowie islamische traditionelle Herrscher eine zentrale Rolle bei der Ausübung politischer Macht und in der Formierung von Klientelsystemen. Auch die lange praktizierte moderate Interpretation des Islam ist keine Konstante: Die Einführung der Scharia in einer Reihe nigerianischer Bundesstaaten, ihre rigide Anwendung in Somalia und extremistische Tendenzen unter den Muslimen Südafrikas stehen für eine Radikalisierung. Die Gründe hierfür sind zum Teil sehr unterschiedlich. Im Falle Nigerias scheint die aggressive Missionierung im Norden des Landes durch saudische Wahhabiten eine wesentliche Rolle bei der Zuspitzung des Konfliktes zwischen Christen und Muslimen gespielt zu haben – ein Konflikt, der erst jüngst wieder im Kontext der Miss-World-Wahlen eskalierte.

Dennoch ist den Prozessen der Radikalisierung bei allen Unterschieden eines gemeinsam: Dort, wo Muslime nicht die Mehrheit der Bevölkerung stellen, gehören sie in der Regel zu den Verlierern des sozialen und politischen Wandels, den Afrika in den vergangenen zehn Jahren durchlief. Das gilt vor allem für die Küstenstaaten West- und Ostafrikas. Demokratisierungsprozesse verdrängten in Westafrika muslimische Führer und deren Gefolgschaft von den Fleischtöpfen der Macht; in Ostafrika blieb die soziale Entwicklung der muslimischen Minderheit hinter dem ohnehin niedrigen Durchschnitt der Region zurück. Der partielle Machtverlust der Muslime in Westafrika steht im fundamentalen Widerspruch zum traditionell begründeten Herrschaftsanspruch. Die sozialen Konflikte in den Küstenländern Westafrikas formieren sich jeweils zusehends entlang einer Trennlinie zwischen Nord und Süd, die weitgehend mit der geographischen Scheidelinie zwischen Christen und Muslimen zusammenfällt. Das ist in Nigeria, Ghana und der Elfenbeinküste besonders gut zu beobachten.

Afrikanischer Terrorismus?

Dennoch ist auf kurze Sicht nicht zu erwarten, daß extremistische Muslime in Afrika südlich der Sahara zu einem wichtigen und integralen Bestandteil des Terrornetzes der al-Qaida werden. Eine Mitgliedschaft dürfte sich auf Einzelpersonen beschränken – im Unterschied zu Nordafrika. Der Aufruf al-Qaidas nach dem Attentat von Mombasa, sich ihrer Sache anzuschließen, verursachte unter den afrikanischen Muslimen weitaus mehr Empörung als Zustimmung – mit zwei gewichtigen Ausnahmen: Zum einen gilt die somalische Gruppierung al-Ittihad al-Islamya als Teil al-Qaidas. Sie steht auch im Verdacht, die Anschläge in Mombasa ausgeführt zu haben. Zum anderen gibt es extremistische Elemente unter den Muslimen Südafrikas, aus denen sich Terrorzellen entwickeln könnten.

Es ist jedoch keineswegs völlig auszuschließen, daß sich in Zukunft so etwas wie ein genuin afrikanischer Terrorismus herausbilden könnte. Die dafür notwendigen Ingredienzien – wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, soziale Verelendung, Verlust der kulturellen Identität, politische Repression und staatliche Dysfunktionalität – sind in Afrika südlich der Sahara fast allgegenwärtig. Es bedarf noch der mobilisierenden Idee und der Agitatoren, um die aus den

Ingredienzien resultierende Gewaltbereitschaft nach außen zu richten. Indizien für derartige Prozesse sind bereits vorhanden.

In der Demokratischen Republik Kongo ist mittlerweile eine Interpretation nahezu Allgemeingut: Die Misere des Landes sei auf die Politik der Industrieländer zurückzuführen. Sie würden eine Entwicklung des Landes verhindern, um die Preise für dessen Rohstoffe billig zu halten, und sich zudem Staaten wie Uganda und Ruanda bedienen, um sich gewaltsam den Zugang zu den Ressourcen des Kongo zu sichern. Die Wahrnehmung, Afrika würde durch die Terroranschläge von Kenia und Tansania nach dem Ende des Kalten Krieges erneut zum Opfer und Austragungsort eines Konfliktes zweier externer Parteien, dem Terrornetzwerk al-Qaida und der Allianz gegen den Terror, dürfte die ohnehin verbreitete Neigung zu Verschwörungstheorien noch verstärken. Afrikaner werden vermehrt danach fragen, ob der Krieg gegen den Terror »ihr« Krieg ist.

In den nächsten Jahren wird sich die Bedeutung Afrikas für den internationalen Terrorismus auf zwei Faktoren konzentrieren: Zum einen bieten schwache und zerfallende Staaten Afrikas exzellente Rückzugsräume und deren informelle Ökonomien ausgezeichnete Bedingungen für Geldwäsche und das Parken von Kapital. Zum anderen schafft die Ineffektivität staatlicher Sicherheitsorgane ein günstiges Umfeld für die Ausführung von Anschlägen.

Staatszerfall und Terrorismus

Afrika südlich der Sahara beherbergt mehr kollabierte Staaten als jede andere Region. Somalia, Liberia, Sierra Leone und die DR Kongo befinden sich im Endstadium eines staatlichen Zerfallsprozesses, in dem auch Guinea, Tschad, die Zentralafrikanische Republik, die Republik Kongo, Sudan und Angola weit vorangeschritten sind. Aber auch in halbwegs funktionierenden Staaten wie Kenia, Tansania, Mali, Sambia, Kamerun, Malawi und bis vor kurzem die Elfenbeinküste ist die Staatsmacht kaum in der Lage, das Gewaltmonopol effektiv aufrechtzuerhalten und das gesamte Staatsgebiet zu kontrollieren. Grenzgebiete und die Elendsviertel der Großstädte sind bereits faktisch staatsfreie Räume. Die Ausrüstung und Ausbildung der Sicherheitskräfte sind völlig ungenügend, Korruption und Kriminalisierung der Polizei weit fortgeschritten. Die Schattenwirtschaft dieser brüchigen Staaten ermöglicht umfangreiche Transaktionen von Kapital, Waffen, Rohstoffen und Konsumgütern, ohne die Terrornetzwerke nicht funktionsfähig wären. Zwar konnten Gerüchte, al-Qaida profitiere aus dem Handel mit sierra-leonischen Diamanten und tansanischen Edelsteinen, bisher nicht belegt werden. Sie sind aber durchaus glaubhaft.

Kenia ist ein exzellentes Beispiel für die Folgen erodierender Staatsgewalt: Bereits seit Jahren ist der Nordosten des Landes, die Grenzregion zu Somalia, faktisch vom Rest des Staatsgebiets abgekoppelt. Reisen in diesem Landesteil sind teilweise nur in militärisch geschützten Konvois möglich, die Sicherheitskräfte ziehen sich in isolierte Forts zurück und überlassen die Kontrolle weiter Teile des Landes kriminellen Gangs und somalischen Kriegsherren. In den Elendsgebieten Nairobis üben die Milizen religiöser Sekten und ethnischer Führer faktisch die Macht aus. Gut versorgt mit Waffen aus Somalia beteiligen sie sich an kriminellen Raubzügen. Polizisten vermieten Waffen und Fahrzeuge an kriminelle Gruppen und nehmen gelegentlich an Überfällen teil. Einkünfte aus kriminellen Aktivitäten sichern ihnen das physische Überleben und nähren die Hoffnung auf sozialen Aufstieg. Unter diesen Umständen hätten die kenianischen Sicherheitskräfte die Attentate in Mombasa selbst dann nicht verhindern können, wenn ihre Regierung hinreichend über die Gefahr informiert gewesen wäre und sie ernst genommen hätte. Die Transaktionen von Gütern und die Bewegungen von Personen über die kenianisch-somalische Grenze sind für die Regierung derzeit nicht zu kontrollieren, auch wenn sie dazu entschlossen wäre.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Die Unfähigkeit der meisten afrikanischen Sicherheitskräfte, vom Terrorismus bedrohte Ziele in ihrem Staatsgebiet zu schützen, kontrastiert mit der Vielzahl solcher Ziele: Botschaften, die zahlreichen Einrichtungen und Projekte der internationalen Entwicklungshilfe, Niederlassungen amerikanischer und europäischer Unternehmen sowie die internationalen Touristenhotels. Schon heute gleichen die Botschaften der USA und die Büros der Entwicklungshilfeorganisation USAID den Forts im Wilden Westen des 19. Jahrhunderts. Erdöl- und Bergbaugesellschaften sind dazu übergegangen, ihre Standorte durch private, paramilitärische Sicherheitsdienste schützen zu lassen. Amerikaner, Europäer und Afrikaner, die es sich leisten können, ziehen sich immer mehr in streng bewachte und aufwendig geschützte Wehrdörfer zurück. Doch nicht alle gefährdeten Einrichtungen lassen sich effizient abschotten. Dies gilt vor allem dann, wenn sie geographisch isoliert sind und die Kosten für ihren Schutz einen wirtschaftlich kaum vertretbaren Aufwand bedeuten würden: Entwicklungsprojekte in entlegenen Gebieten und Touristenhotels in Nationalparks sind dafür nur Beispiele.

Was tun?

Wie sollten westliche Industrieländer mit diesen Gefährdungen umgehen? Ein Teil dieser Frage wird sich von selbst beantworten: Unter dem Eindruck der generell in Afrika wachsenden Unsicherheit, der nun angesichts der steigenden Gefährdung durch Terroranschläge noch verstärkt wird, ziehen sich Touristen und Unternehmen immer mehr aus der Region zurück. Dies verschärft in den meisten Ländern die bestehende wirtschaftliche Misere. Selbstverständlich reagieren Entwicklungspolitiker und Afrikaexperten auf die wachsende Terrorgefahr reflexartig mit der Mahnung, daß die Ursachen des Terrors bekämpft werden müßten. Doch selbst wenn die internationale Gebergemeinschaft ein Vielfaches ihrer Mittel für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Armutsbekämpfung und kulturellen Dialog aufwenden würde, dürfte es Jahrzehnte dauern, bis die Staaten Afrikas einen Entwicklungsstand erreicht haben, der die gewaltsame Lösung von Konflikten unwahrscheinlich macht. Und schließlich verhindert auch der Reichtum nicht die Bildung von Terrorzellen, wie das Beispiel Saudi-Arabien lehrt.

Das Problem wachsender Terrorbedrohung in Afrika bedarf auch kurzfristig wirkender Maßnahmen. Dazu könnte zum einen die Umkehrung des Trends zum militärischen Rückzug aus der Region gehören – die USA scheinen sich bereits zumindest in diese Richtung zu bewegen. Die Tatsache allerdings, daß weder die beträchtliche Präsenz französischer Truppen in Dschibuti noch die Aufklärungsbemühungen der deutschen Marine vor den Küsten Somalias und Ostafrikas einen Beitrag zur Verhinderung der Attentate in Mombasa leisten konnten, läßt an der Angemessenheit dieser Empfehlung zweifeln. Auch der Versuch, Terrorzellen in Somalia durch äthiopische Interventionstruppen bekämpfen zu lassen, war nur begrenzt erfolgreich. Vielmehr sollten die Bemühungen um kurzfristige Terrorbekämpfung in Afrika auf die Herstellung staatlicher Handlungsfähigkeit, insbesondere auf die Reform und Unterstützung der Polizei konzentriert werden.

Wo jedoch der Staat bereits in einem Grade zerfallen ist, daß nicht einmal enorme Investitionen in seine Sicherheitskräfte die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols gewährleisten können, ist man mit schwierigen Fragen konfrontiert. Welche Alternativen gibt es zur direkten militärischen Intervention? Könnten private, paramilitärische Sicherheitsdienste – beauftragt und überwacht durch die internationale Staatengemeinschaft – lokal ein völkerrechtlich abgesichertes Gewaltmonopol ausüben?